

Politischer Kurzbericht

Bolivien verfasst sich neu

Peter-Alberto Behrens
Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bolivien

La Paz, 06. 08. 2006

Seit dem 6. August tagt eine Versammlung, die Bolivien eine neue Verfassung geben soll. Sie besteht aus 255 Mitgliedern, die maximal 12 Monate Zeit haben, das Land „neu zu gründen“ („refundar Bolivia“). Ursprünglich eine Forderung indigener Gruppierungen, scheint jedoch die MAS als Mehrheitspartei in der Versammlung eher gewerkschaftlich-sozialistische Ziele im Auge zu haben.

Vor einem halben Jahr noch waren sich die Bewohner der womöglich unbekanntesten Hauptstadt der Welt, nämlich Sucre, einig: die mit dem Wahlsieg Evo Morales' immer näher rückende Wahrscheinlichkeit eines verfassunggebenden Prozesses, würde für die Hauptstadt von großem Vorteil sein. Politisch sowieso immer im Schatten des Regierungssitzes La Paz, würde Sucre nun endlich wieder der Schauplatz für die wirklich wichtigen politischen Entscheidungen im Lande werden.

Dieser Optimismus ist heute einem bedrückten Realismus gewichen, denn die Reformbauten am Theater „Gran Mariscal“, dem Tagungssitz der Versammlung, sind nur notdürftig abgeschlossen, das Fassungsvermögen der Stadt, für die Unterbringung tausender Politiker, Journalisten, Vertreter sozialer Bewegungen, etc. ist hoffnungslos gesprengt. Hinzu kommt, dass Sucre über Land teilweise nur über große Umwege erreichbar ist und der Flughafen aus einem unbeleuchteten Flugstreifen besteht, der bei widrigen Windverhältnissen gesperrt werden muss. Voraussetzungen, die eher Zeugnis einer großen Überforderung zu sein scheinen.

In gewisser Weise reflektieren diese Umstände auch die inhaltlichen Rahmenbedingungen für die verfassunggebende Versammlung. Die Wahl der Versammlungsdelegierten am 2. Juli wies, obgleich fair und korrekt, einige Schönheitsfehler auf, die für eine befremdliche politische Stimmung sorgten¹. Weitere Dissonanzen in den Wochen vor der konstituierenden Sitzung am 6. August, zugleich der Unabhängigkeitstag Boliviens, akzentuierten diese gespannte Atmosphäre.

¹ So bemängelten die EU und die O.A.S. „respektlose politische Praktiken“, bzw. autoritäre Handlungsweisen gegenüber Journalisten. Siehe, La Razón 5.7. bzw. La Razón 8.7.: “La Unión Europea critica prácticas no respetuosas”.

Die hegemoniale Tonlage der MAS

Mit 137 von 255 Delegierten hat die Regierungspartei eine bequeme Mehrheit in der verfassunggebenden Versammlung². Ganz offensichtlich versucht sie diese Mehrheit mittels Allianzen zu einer 2/3-Mehrheit auszubauen, die ihr zur absoluten Macht verhelfen könnte. Unterstützt wird diese Strategie von der Definition der Versammlung als zentrale politische Institution zur kompletten Umgestaltung des Landes, der „refundación“. Präsident Morales sowie einzelne seiner Minister und wichtigsten Ratgeber wiederholen immerzu die verfassunggebende Versammlung sei „allmächtig“ (plenipotenciaria“) und könne daher jederzeit nicht nur das Parlament auflösen, sondern auch selbst die Regierung Morales zum Rücktritt zwingen. Im übrigen seien es die „sozialen Bewegungen“, welche die wahren Herren dieses Prozesses seien, und deren Willen sich auch die verfassunggebende Versammlung unterzuordnen habe³.

Für Unruhe nicht nur bei politischen Gegnern sorgte der Versuch einzelner MAS-Delegierter, die Mehrheitskriterien so zu ändern, dass alle politischen Entscheidungen nur noch mit absoluter Mehrheit sanktionsfähig seien. Kurzfristig wurde dieser „Vorschlag“ zurückgenommen, allerdings ist er so lange nicht vom Tisch, bis sich die Versammlung noch auf keine eigene Geschäftsordnung geeinigt hat. Ebenso beunruhigend sind wiederholte Versuche von Führungspersonen der MAS, durch „Beratungssitzungen“ Einfluss auf eigene Delegierte aber auch auf solcher der kleineren Gruppierungen zu nehmen. Dabei scheinen einzelne MAS-Politiker überhaupt kein Hehl aus ihren Beeinflussungsversuchen zu machen⁴.

Der hegemoniale Grundton der Regierung setzt sich auch in der Alltagspolitik fort. Dabei war die signifikanteste Entscheidung der letzten Tage diejenige, sogenannte Präfekturvermittler („enlaces prefecturales“) einzuführen. Diese Vermittler sollen den mehrheitlich der Opposition angehörenden und direkt gewählten Departamentspräfekten zur Seite stehen, um die Kommunikation zur Zentralregierung zu verbessern. Dass die Zentralregierung damit versucht, die Macht der Präfekten zu schwächen und ihre Kompetenzen einzuschränken, liegt auf der Hand⁵.

Der holprige Weg zum politischen Konsens

Die Schwierigkeit zur Konsensbildung beginnt schon in den eigenen Reihen der MAS. Noch bis zu 4 Tage vor der konstituierenden Sitzung konnten sich die MAS-Delegierten auf keinen Kandidaten für das Präsidium der Versammlung einigen – ein Vorrecht, das der MAS als größte Fraktion zusteht. Letztendlich kam eine Frau zum Zuge, Silvia Lazarte Flores, ähnlich wie der Staatspräsident eine Gewerkschafterin indigener Herkunft, aber keinesfalls Vertreterin oder Mitglied einer der großen indigenen Organisationen, wie CONAMAQ oder CIDOB.

Zu denken gibt die große Unerfahrenheit der Mehrheit der Delegierten: gerade 22 von ihnen haben im weitesten Sinne Erfahrung mit politischen Ämtern. Dabei gehört ein

² Zu den Wahlergebnissen siehe www.cne.org.bo oder letzter KAS-Bericht zu Bolivien unter www.kasbolivia.org.

³ So z.B. Senator Santos Ramírez oder auch der frisch gewählte MAS-Delegierte, Raúl Prada A. El Deber, 24.7.2006 oder auch La Razón 27.7.2006. Zu Mehrheitskriterien, siehe La Razón 29.7.2006.

⁴ MAS-Senator und Senatspräsident Santos Ramírez hält diese Versuche nicht nur für legitim, sondern für eine „politische Pflicht“. Siehe LaRazón, 6.8.2006.

⁵ „Gobierno introduce enlaces prefecturales por decreto“, siehe El Deber, 27.7.

kurzzeitiges Mandat als Gemeinderat schon zu den „höheren Weihen“. Die starke Rekrutierung der Versammlungsmitglieder aus den sogenannten „sozialen (Protest-) Bewegungen“ spricht für starke Mobilisierungskompetenzen, nicht unbedingt aber für eine hohe politischen Qualifikation. Hinzu kommt, dass die vergleichbar sehr hohe Anzahl von Delegierten eine effektive, zielführende und rasche Entscheidungsfindung zumindest erschweren wird. Zum Vergleich – das mit knapp 45 Mio. fast fünf mal so bevölkerungsreiche Kolumbien hat Anfang der neunziger Jahre eine Verfassung mit 70 Delegierten erarbeitet, die unter vielen Verfassungsrechtlern als vorbildlich gilt.

Kaum ein politischer Prozess der jüngeren Geschichte Boliviens hat in der Bevölkerung so hohe Erwartungen ausgelöst wie der anstehende Verfassungsprozess. Dabei muss man kein besonders guter Beobachter sein, um zu erkennen, dass sehr hohe Erwartungen auf der einen Seite bislang eher ungünstigen Bedingungen und Unerfahrenheit auf der anderen Seite gegenüberstehen. Bolivien sucht nach einer neuen Verfassung – es bleibt zu hoffen, dass sich das Land dabei nicht selbst verliert.

E-Mail: pabehrens@kasbolivia.org